

**Vorlage  
für die Sitzung  
der staatlichen Deputation  
für Soziales, Jugend und Integration  
am 17. Januar 2019**

**„Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes“**

**A. Problem**

Der Senat hat in seiner Sitzung am 8. Januar 2019 die Vorlage zum Entwurf eines „Gesetzes zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes“ vom 7. Januar 2019 beschlossen.

**B. Lösung**

Der staatlichen Deputation für Soziales, Jugend und Integration wird die beschlossene Senatsvorlage zum Entwurf eines „Gesetzes zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes“ vom 7. Januar 2019 vorgelegt.

**C. Alternativen**

Alternativen können nicht empfohlen werden, siehe C der Senatsvorlage vom 7. Januar 2019.

**D. Finanzielle / Personalwirtschaftliche Auswirkungen / Gender Prüfung**

Es ergeben sich finanzielle und personalwirtschaftliche Auswirkungen, die in der anliegenden Senatsvorlage unter D näher ausgeführt sind.

Der Entwurf des Gesetzes zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes betrifft Frauen und Männer mit Behinderungen Eingliederungshilfe gleichermaßen.

**E. Beteiligung / Abstimmung**

Zur Beteiligung und Abstimmung siehe E der Senatsvorlage vom 7. Januar 2019.

**F. Beschlussvorschlag**

Die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration nimmt die beschlossene Senatsvorlage zum „Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes“ vom 7. Januar 2019 zur Kenntnis.

**Anlagen:**

- Senatsvorlage zum „Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes“ vom 7. Januar 2019 und Anlagen

07.01.2019

Frau Ewald

361-4784

**Neufassung**  
**Vorlage für die Sitzung des Senats am 8. Januar 2019**

**„Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes“**

**A. Problem**

Mit dem Gesetz zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen vom 23. Dezember 2016 (Bundesteilhabegesetz-BTHG, Bundesgesetzblatt Jahrgang 2016 Teil I Nr. 66, S 3234, vom 29. Dezember 2016) wird vor dem Hintergrund der UN-Behindertenrechtskonvention die Lebenssituation der Menschen mit Behinderungen verbessert, die Eingliederungshilfe wird personenzentriert weiterentwickelt und aus dem Fürsorgesystem der Sozialhilfe herausgeführt.

Das BTHG wird stufenweise wirksam. Die ersten beiden Stufen sind bereits zum 1. Januar 2017 und zum 1. Januar 2018 in Kraft getreten. Bezogen auf die Eingliederungshilfe für wesentlich behinderte Menschen wurden hierbei insbesondere die ersten Verbesserungen beim Einkommens- und Vermögenseinsatz, bei der Teilhabe am Arbeitsleben und für das Gesamtplanverfahren umgesetzt, außerdem ist seit dem 1. Januar 2017 die Beteiligung des Bundes an den Kosten des Barbetrages für Leistungsberechtigte in stationären Eingliederungshilfeeinrichtungen festgelegt.

Des Weiteren verpflichtet das BTHG die Länder, den Träger der Eingliederungshilfe nach dem Neunten Buch Sozialgesetzbuch (SGB IX) Teil 2 zu bestimmen. Dies ist bereits ab dem 1. Januar 2018 möglich, um insbesondere vertragliche Angelegenheiten rechtzeitig bis 2020 verbindlich regeln zu können.

Als dritte Stufe wird zum 1. Januar 2020 die Herauslösung der Leistungen der Eingliederungshilfe aus dem SGB XII und die Überführung in das Rehabilitations- und Teilhaberecht des SGB IX, Teil 2 erfolgen.

Mit der vierten Umsetzungsstufe des BTHG ist zum 1. Januar 2023 die Neudefinition des leistungsberechtigten Personenkreises vorgesehen; Voraussetzung hierfür ist ein gesondertes Bundesgesetzgebungsverfahren.

Aus den Veränderungen der Bestimmungen für die Eingliederungshilfeleistungen im SGB IX ergibt sich Regelungsbedarf für die Umsetzung. Außerdem ergeben sich notwendige Folgeänderungen für das Ausführungsgesetz zum SGB XII. Dies sind insbesondere die Streichung der Leistungen der Eingliederungshilfe aus diesem Gesetz sowie die Neuregelung der Finanzierung der verbleibenden Leistungen. Des Weiteren sind Regelungen zur Weiterleitung der Bundeserstattung (Barbetrag) zu treffen und Vorgaben über Nachweispflichten bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung an die neue Rechtslage anzupassen.

Neben der Verpflichtung der Länder, den Träger der Eingliederungshilfe zu bestimmen, eröffnen die neuen Bestimmungen des BTHG weitere Gestaltungsmöglichkeiten für die

Länder. Die Länder sind ermächtigt, durch Landesrecht Regelungen für folgende Bereiche zu treffen:

- das Budget für Arbeit (Erhöhung Lohnkostenzuschuss, § 61 Abs. 2 SGB IX),
- die Abweichung von der Anlassbezogenheit der Qualitäts- und Wirtschaftlichkeitsprüfungen (§ 128 Abs. 1 SGB IX und § 78 Abs. 1 SGB XII),
- Bestimmung der Beteiligung von Interessenvertretungen behinderter Menschen am Abschluss von Rahmenverträgen (§ 131 Abs. 2 SGB IX) und
- die Voraussetzungen für die Zulassung weiterer Einrichtungen der Frühförderung (§ 46 Absatz 2 Satz 1 SGB IX).

Des Weiteren enthält das BTHG zu folgenden Punkten eine Ermächtigungsgrundlage für die Länder zum Erlass einer Rechtsverordnung zur Bestimmung

- des Näheren über die Zusammensetzung und des Verfahrens der Arbeitsgemeinschaft zur Förderung und Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe (§ 94 Absatz 4 SGB IX),
- des Näheren zu einem Bedarfsermittlungsinstrument (§ 118 Absatz 2 SGB IX) und
- der Regelungen zu Schiedsstellen (§ 133 Absatz 5 SGB IX).

## **B. Lösung**

Mit dem vorliegenden Entwurf eines „Gesetzes zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes“ werden Regelungen zur Bestimmung des Eingliederungshilfeträgers und der damit verbundenen Aufgaben getroffen. Mit diesem Gesetzentwurf sollen ein „Gesetz zur Ausführung des Neunten Buches Sozialgesetzbuch (AG SGB IX)“ geschaffen werden und Folgeänderungen zum Ausführungsgesetz des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (AG SGB XII) vorgenommen werden.

Zum 1. Januar 2020 findet ein Systemwechsel in der Eingliederungshilfe vom SGB XII zum SGB IX statt. Um die örtlichen und überörtlichen Aufgaben sowohl für die Eingliederungshilfe nach dem SGB IX als auch für die Sozialhilfeleistungen nach dem SGB XII weiterhin in einer Einheit verantworten zu können, sollen im Land Bremen die Trägerbestimmung und die Aufgabenverteilung für das SGB XII auch für die Eingliederungshilfe nach dem SGB IX gelten. Denn Leistungsberechtigte der Eingliederungshilfe nach dem SGB IX ab 2020 können auch weiterhin zugleich Ansprüche auf Existenzsicherungsleistungen oder auf andere Leistungen des SGB XII haben.

Das heißt, dass durch das Ausführungsgesetz zum SGB IX das Land Bremen Träger der Eingliederungshilfe insbesondere mit den Aufgaben der Vertragsverhandlungen, dem Erlass von Rahmenrichtlinien und der Grundsatzplanung für Leistungen der Eingliederungshilfe wird. Das Sozialressort wird weiterhin als zuständige Landesbehörde benannt. Die Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven werden Träger der Eingliederungshilfe mit der Aufgabe der Gewährleistung von Eingliederungshilfeleistungen, sie erhalten wie im Ausführungsgesetz zum SGB XII Beteiligungsrechte an den Aufgaben des Landes. Des Weiteren werden mit dem Ausführungsgesetz zum SGB IX die über Landesrecht vorgesehenen Gestaltungsmöglichkeiten des BTHG umgesetzt. Dabei wird auch von der Möglichkeit der landesrechtlichen Erhöhung der Höchstgrenze des Budgets für Arbeit nach § 60 SGB IX Gebrauch gemacht, um einen Anreiz zur Beschäftigung von Menschen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu schaffen und die Attraktivität des Budgets für Arbeit zu erhöhen. Im Vergleich zu einer Werkstattbeschäftigung sollen aber keine Mehrkosten entstehen. Die landesrechtliche Regelung geht daher allgemein von einer Höchstgrenze von bis zu 60% der Bezugsgröße nach § 18 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch aus, zugleich erfolgt eine Beschränkung der Höchstgrenze des Budgets für Arbeit auf die durchschnittlichen Ausgaben für einen Werkstattplatz.

Zudem werden die erforderlichen Folgeänderungen im Ausführungsgesetz zum SGB XII vorgenommen und es wird die Weiterleitung der Erstattung des Barbetrages durch den Bund geregelt. Auch die Finanzierungsregelungen werden für die Eingliederungshilfe neu festgelegt unter Berücksichtigung der durch das BTHG veränderten Rahmenbedingungen (z.B. geänderte Regelungen zum Einkommens- und Vermögenseinsatz).

Die bisher zuständigen Landes- und Kommunalinstitutionen bleiben weitestgehend weiterhin personell und organisatorisch zuständig, aber auf Basis anderer Rechtsgrundlagen.

### **C. Alternativen**

Die Stadtgemeinden könnten ausschließlich für alle Aufgaben der Eingliederungshilfe zuständig werden einschließlich der Vertragsverhandlungen, der Rahmenrichtlinien und Grundsatzplanungen. Diese Alternative kann jedoch nicht empfohlen werden, weil dann keine einheitlichen Standards für die Eingliederungshilfe im Land Bremen gewährleistet werden könnten und das Land zugleich weiterhin einen hohen Finanzierungsanteil für die Eingliederungshilfen zu gewährleisten hätte, ohne entsprechende strategische Steuerungsmöglichkeiten zu haben.

### **D. Finanzielle / Personalwirtschaftliche Auswirkungen / Gender-Prüfung**

Das BTHG sieht die wissenschaftliche Untersuchung der finanziellen Auswirkungen der leistungsrechtlichen Änderungen in der Eingliederungshilfe im Zeitraum 2017 bis 2020 im Einvernehmen mit den Ländern vor. Das Land Bremen wird sich daran beteiligen.

Mit dieser Vorlage werden Rahmenbedingungen sowie inhaltliche und organisatorische Eckpunkte im Kontext mit den bundesgesetzlichen Änderungen durch das BTHG festgelegt. Im Schwerpunkt bleiben die bisher zuständigen Landes- und Kommunalinstitutionen weitestgehend weiterhin personell und organisatorisch zuständig, aber auf Basis anderer Rechtsgrundlagen. Die Neuregelungen der Finanzierungsbeiträgen an den Leistungen nach SGB IX und XII sind erst im Jahr 2019 für die Jahre ab 2020 zu gestalten und mittels Rechtsverordnungen durch den Senat zu beschließen. Kern dieser Rechtsverordnungen wird eine neue quotale Kostenträgerschaft des Landes Bremen und der beiden Kommunen im Land Bremen sein. Die Finanzierungsquoten sollen für die Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven einheitlich gestaltet sein und dabei außerdem das Ziel der Entlastung beider Kommunen verfolgen. Finanzielle Auswirkungen werden im Gesamtbudget der Sozialleistungen abzubilden bzw. innerhalb desselben im Haushaltsaufstellungsverfahren umzuschichten sein. Die durch die Umsetzung des BTHG entstehenden finanziellen Folgen werden ab 2020 statistisch erhoben, dokumentiert sowie evaluiert.

Die zum 1. Januar 2017 eingeführte Bundeserstattung für den Barbetrag nach SGB XII führt zu Mehreinnahmen in monatlicher Höhe von 14 % der Regelbedarfsstufe 1 (Erstattungsbetrag 2017: € 57,26) pro Leistungsberechtigtem nach dem 4. Kapitel in einer stationären Eingliederungshilfeeinrichtung. Der jährliche Erstattungsbetrag ist abhängig von der Anzahl dieser Leistungsberechtigten und von der Höhe der Regelbedarfsstufe 1. Für den Zeitraum Juli 2017 bis Juni 2018 wurden insgesamt rund 866.000 € vom Bund an das Land Bremen erstattet und in Höhe von rund € 634.000 an die Stadtgemeinde Bremen und in Höhe von rund 232.000 € an die Stadtgemeinde Bremerhaven weitergeleitet. Diese Einnahmen reduzieren die Nettosozialhilfekosten der Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven. Dadurch wirkt sich die Bundeserstattung für den Barbetrag auch reduzierend auf den Kostenanteil des überörtlichen Sozialhilfeträgers aus.

Zu den weiteren Finanzierungsfolgen ist festzustellen, dass sich durch die Öffnung der Höchstgrenze für das Budget für Arbeit Mehrausgaben ergeben. Im Vergleich zur bundesgesetzlichen Vorgabe zum Lohnkostenzuschuss von höchstens 40 % der

Bezugsgröße nach § 18 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch könnten durch die Anhebung der Höchstgrenze zusätzliche Ausgaben in Höhe von bis zu € 15.000 jährlich entstehen (ausgehend von 5 Personen pro Jahr). Die Gesamtausgaben des Lohnkostenzuschusses betragen im Land Bremen bei dieser Berechnung ca. € 265.000.

Von den Gesamtausgaben des Lohnkostenzuschusses im Budget für Arbeit trägt das Amt für Versorgung und Integration (AVIB) künftig zur Verwaltungsvereinfachung aus der Ausgleichsabgabe einen Anteil von pauschal 5 %. Dieser beträgt nach der beispielhaften Berechnung ca. € 13.250 jährlich. Die verbleibenden Ausgaben für den Lohnkostenzuschuss, die die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport zu tragen hat, werden weiterhin im Rahmen der Sozialleistungen abgedeckt; dabei werden die Ausgleichsmöglichkeiten genutzt, die durch Vermeidung einer Beschäftigung in einer WfbM beim Werkstattentgelt zu erwarten sind.

Als personalwirtschaftliche Folge ergibt sich durch die Umsetzung des BTHG wegen der zusätzlichen Aufgaben zusätzlicher Personalbedarf auf der Landesebene und auf der Ebene der Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven. Diese werden im ersten Quartal 2019 in einer gesonderten Senatsvorlage dargestellt.

Der Gesetzentwurf betrifft Frauen und Männer mit Behinderungen Eingliederungshilfe gleichermaßen.

## **E. Beteiligung / Abstimmung**

Die Vorlage ist mit der Senatskanzlei, der Senatorin für Finanzen, der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz, dem Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen und dem Magistrat der Stadt Bremerhaven abgestimmt. Die Abstimmung mit der Senatorin für Kinder und Bildung ist eingeleitet.

Der Magistrat der Stadt Bremerhaven fordert in seinem Schreiben vom 5. Dezember 2018 eine Zusicherung, dass vor dem Hintergrund eventueller Mehrbelastungen durch das BTHG die Finanzierungsquote in 2020 überprüft und ggf. angepasst wird mit dem Ziel der Entlastung der Stadtgemeinden spätestens ab 2021. Nach Auffassung der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport bedarf es einer Zusicherung zur Quotenanpassung in der Senatsvorlage und in der Gesetzesbegründung derzeit nicht. Die Position der Stadtgemeinde Bremerhaven wird in hohem Maße durch die vorgesehene gesetzliche Regelung gewährleistet, dass eine Rechtsverordnung nur mit Zustimmung der beiden Stadtgemeinden erfolgen kann. Der Erlass der Rechtsverordnung zur Neuregelung der Finanzierungsquoten soll bis spätestens April 2019 erfolgen und eine Evaluierungsklausel enthalten.

Die rechtsförmliche und materiellrechtliche Prüfung durch den Senator für Justiz und Verfassung ist abgeschlossen.

Der ebenfalls beteiligte Landesteilhabebeirat fordert zu mehreren Punkten Änderungen des Gesetzentwurfs (s. Anlage Stellungnahme des Landesteilhabebeirates vom 23. November 2018). Diesen Forderungen kann aus folgenden Gründen nicht nachgekommen werden:

- Anhebung Höchstgrenze für Lohnkostenzuschuss Budget für Arbeit auf 60 %:  
Die Anhebung der Höchstgrenze für den Lohnkostenzuschuss auf die durchschnittlichen Kosten eines Werkstattplatzes erhöht die Attraktivität des Budgets für Arbeit; gleichzeitig werden die Kosten begrenzt. Eine weitere Öffnung der Höchstgrenze als im Gesetzentwurf vorgesehen könnte falsche Anreize sowohl gegenüber Arbeitgebern als auch Leistungsberechtigten setzen. Es ist davon auszugehen, dass Tätigkeiten mit einer entsprechend hohen Lohnstufe Ausnahmen darstellen. Das BTHG sieht dazu auch ein Modellvorhaben vor, das gerade für Menschen mit seelischer Behinderung dazu beitragen soll, dass diese auf dem ersten Arbeitsmarkt tätig bleiben können.
- Interessenvertretung der Menschen mit Behinderungen (Ermächtigungsgrundlage für die Aufwandsentschädigung als „Muss-Regelung“, Festlegung einer Mindestanzahl von 6 Personen als Interessenvertretungen):

Mit der Ermächtigungsgrundlage für den Erlass einer Rechtsverordnung zum Umfang der Aufwandsentschädigung als „Kann-Regelung“ kann die Verwaltung flexibel entscheiden, ob eine Rechtsverordnung erforderlich ist. Zum Umfang der Aufwandsentschädigung wurde inzwischen eine Vereinbarung getroffen.

Gleichermaßen soll auch die Zahl der Interessenvertretungen der Menschen mit Behinderungen an den Rahmenvertragsverhandlungen offen und flexibel bleiben. Auch hier wurde bereits eine Vereinbarung zwischen Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport und dem Landesteilhabebeirat getroffen (6 Personen für die Vertragskommission und 4 weitere Personen für die Unterkommissionen).

- Einheitlicher Landesrahmenvertrag für alle Assistenzleistungen:

Es wird kein Landesrahmenvertrag für Assistenzleistungen verhandelt, sondern ein Rahmenvertrag für alle Arten von Eingliederungshilfen; die Assistenzleistung ist nur eine von mehreren.

Ob und wie die noch genauer zu definierenden Assistenzleistungen in den neu zu schaffenden Leistungsbeschreibungen einheitlich oder nach welchen Kriterien auch immer differenziert ausgestaltet werden, ist Gegenstand der Verhandlungen zwischen den gleichberechtigten, gesetzlich festgelegten Vertragsparteien; deren Verhandlungsfreiheit kann nicht durch vorgängige Richtungsentscheidungen des Landesgesetzgebers eingeschränkt werden.

#### **F. Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz**

Einer Veröffentlichung über das zentrale elektronische Informationsregister steht nichts entgegen.

#### **G. Beschlussvorschlag**

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport vom 07.01.2019 den Entwurf eines „Gesetzes zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes“ sowie die Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um Beschlussfassung.

## **Mitteilung des Senats an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) vom ...**

### **Entwurf des „Gesetzes zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes“**

Der Senat überreicht der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) den Entwurf des „Gesetzes zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes“ mit der Bitte um Beschlussfassung.

Mit dem Gesetz zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen vom 23. Dezember 2016 (Bundesteilhabegesetz-BTHG, Bundesgesetzblatt Jahrgang 2016 Teil I Nr. 66, S 3234, vom 29. Dezember 2016) wird vor dem Hintergrund der UN-Behindertenrechtskonvention die Lebenssituation der Menschen mit Behinderungen verbessert, die Eingliederungshilfe wird personenzentriert weiterentwickelt und aus dem Fürsorgesystem der Sozialhilfe herausgeführt.

Das BTHG wird stufenweise wirksam. Die ersten beiden Stufen sind bereits zum 1. Januar 2017 und zum 1. Januar 2018 in Kraft getreten. Bezogen auf die Eingliederungshilfe für wesentlich behinderte Menschen wurden hierbei insbesondere die ersten Verbesserungen beim Einkommens- und Vermögenseinsatz, bei der Teilhabe am Arbeitsleben und für das Gesamtplanverfahren umgesetzt, außerdem ist seit dem 1. Januar 2017 die Beteiligung des Bundes an den Kosten des Barbetrages für Leistungsberechtigte in stationären Eingliederungshilfeeinrichtungen festgelegt.

Des Weiteren verpflichtet das BTHG die Länder, den Träger der Eingliederungshilfe nach dem Neunten Buch Sozialgesetzbuch (SGB IX) Teil 2 zu bestimmen. Dies ist bereits ab dem 1. Januar 2018 möglich, um insbesondere vertragliche Angelegenheiten rechtzeitig bis 2020 verbindlich regeln zu können.

Als dritte Stufe wird zum 1. Januar 2020 die Herauslösung der Leistungen der Eingliederungshilfe aus dem SGB XII und die Überführung in das Rehabilitations- und Teilhaberecht des SGB IX, Teil 2 erfolgen.

Mit der vierten Umsetzungsstufe des BTHG ist zum 1. Januar 2023 die Neudefinition des leistungsberechtigten Personenkreises vorgesehen; Voraussetzung hierfür ist ein gesondertes Bundesgesetzgebungsverfahren.

Aus den Veränderungen der Bestimmungen für die Eingliederungshilfeleistungen im SGB IX ergibt sich Regelungsbedarf für die Umsetzung.

Außerdem ergeben sich notwendige Folgeänderungen für das Ausführungsgesetz zum SGB XII. Dies sind insbesondere die Streichung der Leistungen der Eingliederungshilfe aus diesem Gesetz sowie die Neuregelung der Finanzierung der verbleibenden Leistungen. Des Weiteren sind Regelungen zur Weiterleitung der Bundeserstattung (Barbetrag) zu treffen und Vorgaben über Nachweispflichten bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung an die neue Rechtslage anzupassen.

Neben der Verpflichtung der Länder, den Träger der Eingliederungshilfe zu bestimmen, eröffnen die neuen Bestimmungen des BTHG weitere Gestaltungsmöglichkeiten für die Länder. Die Länder sind ermächtigt, durch Landesrecht Regelungen für folgende Bereiche zu treffen:

- das Budget für Arbeit (Erhöhung Lohnkostenzuschuss, § 61 Abs. 2 SGB IX),
- die Abweichung von der Anlassbezogenheit der Qualitäts- und Wirtschaftlichkeitsprüfungen (§ 128 Abs. 1 SGB IX und § 78 Abs. 1 SGB XII),
- Bestimmung der Beteiligung von Interessenvertretungen behinderter Menschen am Abschluss von Rahmenverträgen (§ 131 Abs. 2 SGB IX) und
- die Voraussetzungen für die Zulassung weiterer Einrichtungen der Frühförderung (§ 46 Absatz 2 Satz 1 SGB IX).

Mit dem Entwurf des „Gesetzes zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes“ werden Regelungen zur Bestimmung des Eingliederungshilfeträgers und der damit verbundenen

Aufgaben getroffen. Mit diesem Gesetzentwurf sollen ein „Gesetz zur Ausführung des Neunten Buches Sozialgesetzbuch (AG SGB IX)“ geschaffen und Folgeänderungen zum Ausführungsgesetz des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (AG SGB XII) vorgenommen werden.

Der Gesetzentwurf legt Rahmenbedingungen sowie inhaltliche und organisatorische Eckpunkte im Kontext mit den gesetzlichen Änderungen fest. Im Schwerpunkt bleiben die bisher zuständigen Landes- und Kommunalinstitutionen weitestgehend weiterhin personell und organisatorisch zuständig, aber auf Basis anderer Rechtsgrundlagen. Die Neuregelungen der Finanzierungsbeiträgen an den Leistungen nach SGB IX und XII sind erst im Jahr 2019 für die Jahre ab 2020 zu gestalten und mittels Rechtsverordnungen durch den Senat zu beschließen. Kern dieser Rechtsverordnungen wird eine neue quotale Kostenträgerschaft des Landes Bremen und der beiden Kommunen im Land Bremen sein. Die Finanzierungsquoten sollen für die Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven einheitlich gestaltet sein und dabei außerdem das Ziel der Entlastung beider Kommunen verfolgen. Finanzielle Auswirkungen werden im Gesamtbudget der Sozialleistungen abzubilden bzw. innerhalb desselben im Haushaltsaufstellungsverfahren umzuschichten sein. Die durch die Umsetzung des BTHG entstehenden finanziellen Folgen werden 2020 statistisch erhoben, dokumentiert sowie evaluiert.

Die zum 1. Januar 2017 eingeführte Bundeserstattung für den Barbetrag nach SGB XII führt zu Mehreinnahmen in monatlicher Höhe von 14 % der Regelbedarfsstufe 1 (Erstattungsbetrag 2017: € 57,26) pro Leistungsberechtigtem nach dem 4. Kapitel in einer stationären Eingliederungshilfeeinrichtung. Der jährliche Erstattungsbetrag ist abhängig von der Anzahl dieser Leistungsberechtigten und von der Höhe der Regelbedarfsstufe 1. Für den Zeitraum Juli 2017 bis Juni 2018 wurden insgesamt rund 866.000 € vom Bund an das Land Bremen erstattet und in Höhe von rund € 634.000 an die Stadtgemeinde Bremen und in Höhe von rund 232.000 € an die Stadtgemeinde Bremerhaven weitergeleitet. Diese Einnahmen reduzieren die Nettosozialhilfekosten der Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven. Dadurch wirkt sich die Bundeserstattung für den Barbetrag auch reduzierend auf den Kostenanteil des überörtlichen Sozialhilfeträgers aus.

Zu den weiteren Finanzierungsfolgen ist festzustellen, dass sich durch die Öffnung der Höchstgrenze für das Budget für Arbeit Mehrausgaben ergeben. Im Vergleich zur bundesgesetzlichen Vorgabe zum Lohnkostenzuschuss von höchstens 40 % der Bezugsgröße nach § 18 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch könnten durch die Anhebung der Höchstgrenze zusätzliche Ausgaben in Höhe von bis zu € 15.000 jährlich entstehen (ausgehend von 5 Personen pro Jahr). Die Gesamtausgaben des Lohnkostenzuschusses betragen im Land Bremen bei dieser Berechnung ca. € 265.000.

Von den Gesamtausgaben des Lohnkostenzuschusses im Budget für Arbeit trägt das Amt für Versorgung und Integration (AVIB) künftig zur Verwaltungsvereinfachung aus der Ausgleichsabgabe einen Anteil von pauschal 5 %. Dieser beträgt nach der beispielhaften Berechnung ca. € 13.250 jährlich. Die verbleibenden Ausgaben für den Lohnkostenzuschuss, die die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport zu tragen hat, werden weiterhin im Rahmen der Sozialleistungen abgedeckt; dabei werden die Ausgleichsmöglichkeiten genutzt, die durch Vermeidung einer Beschäftigung in einer WfbM beim Werkstattentgelt zu erwarten sind.

Der Magistrat der Stadt Bremerhaven fordert in seinem Schreiben vom 5. Dezember 2018 eine Zusicherung, dass vor dem Hintergrund eventueller Mehrbelastungen durch das BTHG die Finanzierungsquote in 2020 überprüft und ggf. angepasst wird mit dem Ziel der Entlastung der Stadtgemeinden spätestens ab 2021. Nach Auffassung der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport bedarf es einer Zusicherung zur Quotenanpassung in der Senatsvorlage und in der Gesetzesbegründung derzeit nicht. Die Position der Stadtgemeinde Bremerhaven wird in hohem Maße durch die vorgesehene gesetzliche Regelung gewährleistet, dass eine Rechtsverordnung nur mit Zustimmung der beiden Stadtgemeinden erfolgen kann.

Der beteiligte Landesteilhabebeirat fordert zu mehreren Punkten Änderungen des Gesetzentwurfs (s. Anlage Stellungnahme des Landesteilhabebeirates vom 23. November 2018). Diesen Forderungen kann aus folgenden Gründen nicht nachgekommen werden:

- Anhebung der Höchstgrenze für Lohnkostenzuschuss Budget für Arbeit auf 60 %:  
Die Anhebung der Höchstgrenze für den Lohnkostenzuschuss auf die durchschnittlichen Kosten eines Werkstattplatzes erhöht die Attraktivität des Budgets für Arbeit; gleichzeitig werden die Kosten begrenzt. Eine weitere Öffnung der Höchstgrenze als im Gesetzentwurf vorgesehen könnte falsche Anreize sowohl gegenüber Arbeitgebern als auch Leistungsberechtigten setzen. Es ist davon auszugehen, dass Tätigkeiten mit einer entsprechend hohen Lohnstufe Ausnahmen darstellen. Das BTHG sieht dazu auch ein Modellvorhaben vor, das gerade für Menschen mit seelischer Behinderung dazu beitragen soll, dass diese auf dem ersten Arbeitsmarkt tätig bleiben können.
- Interessenvertretung der Menschen mit Behinderungen (Ermächtigungsgrundlage für die Aufwandsentschädigung als „Muss-Regelung“, Festlegung einer Mindestanzahl von 6 Personen als Interessenvertretungen)  
Mit der Ermächtigungsgrundlage für den Erlass einer Rechtsverordnung zum Umfang der Aufwandsentschädigung als „Kann-Regelung“ kann die Verwaltung flexibel entscheiden, ob eine Rechtsverordnung erforderlich ist. Zum Umfang der Aufwandsentschädigung wurde inzwischen eine Vereinbarung getroffen.  
Gleichermaßen soll auch die Zahl der Interessenvertretungen der Menschen mit Behinderungen an den Rahmenvertragsverhandlungen offen und flexibel bleiben. Auch hier wurde bereits eine Vereinbarung zwischen Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport und dem Landesteilhabebeirat getroffen (6 Personen für die Vertragskommission und 4 weitere Personen für die Unterkommissionen).
- Einheitlicher Landesrahmenvertrag für alle Assistenzleistungen:  
Es wird kein Landesrahmenvertrag für Assistenzleistungen verhandelt, sondern ein Rahmenvertrag für alle Arten von Eingliederungshilfen; die Assistenzleistung ist nur eine von mehreren.  
Ob und wie (die zuerst einmal genauer zu definierenden) Assistenzleistungen in den neu zu schaffenden Leistungsbeschreibungen einheitlich oder nach welchen Kriterien auch immer differenziert ausgestaltet werden, ist Gegenstand der Verhandlungen zwischen den gleichberechtigten, gesetzlich festgelegten Vertragsparteien; deren Verhandlungsfreiheit kann nicht durch vorgängige Richtungsentscheidungen des Landesgesetzgebers eingeschränkt werden.

Die rechtsförmliche und materiellrechtliche Prüfung des Gesetzentwurfs durch den Senator für Justiz und Verfassung ist abgeschlossen.

Anlagen:

- Entwurf des Gesetzes zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes
- Stellungnahme des Landesteilhabebeirates vom 23. November 2018

## **Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes Vom**

Der Senat verkündet das nachstehende von der Bürgerschaft (Landtag) beschlossene Gesetz:

### **Artikel 1**

#### **Gesetz zur Ausführung des Neunten Buches Sozialgesetzbuch (SGB IX AG)**

##### **§ 1 Träger der Eingliederungshilfe**

- (1) Träger der Eingliederungshilfe gemäß Teil 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch sind vorbehaltlich des Absatzes 2 die Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven. Sie führen die Aufgaben der Eingliederungshilfe als pflichtige Selbstverwaltungsangelegenheit durch.
- (2) Zur Sicherung landeseinheitlicher Regelungen und Versorgungsstrukturen ist die Freie Hansestadt Bremen (Land Bremen) Träger der Eingliederungshilfe mit folgenden Aufgaben:
  1. Abschluss von Rahmenverträgen und Vereinbarungen von Leistungen und Vergütungen mit den Leistungserbringern sowie Wirtschaftlichkeits- und Qualitätsprüfungen gemäß Teil 2 Kapitel 8 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch,
  2. Erlass von Rahmenrichtlinien für das Leistungs- und Verfahrensrecht nach Teil 2 Kapitel 2 bis 7 und 9 bis 11 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch und
  3. landesweite Grundsatzplanung unter Berücksichtigung der kommunalen Fachplanungen.
- (3) Zuständige Behörde für die Wahrnehmung der Aufgaben nach Absatz 2 ist die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport.
- (4) Die Träger der Eingliederungshilfe nach Absatz 1 wirken bei der Wahrnehmung der Aufgaben nach Absatz 2 nach Maßgabe jeweils einer mit dem Träger nach Absatz 2 abzuschließenden Vereinbarung mit.

##### **§ 2 Kostenbeteiligung des Landes**

- (1) Der Träger der Eingliederungshilfe nach § 1 Absatz 2 beteiligt sich an den Nettokosten der Eingliederungshilfeleistungen der Träger nach § 1 Absatz 1 nach Maßgabe einer für die Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven einheitlich geltenden Finanzierungsquote.
- (2) Die Nettokosten der Eingliederungshilfeleistungen werden durch Abzug der Einnahmen von den Ausgaben ermittelt.
- (3) Der Senat legt die Finanzierungsquote nach Absatz 1 durch Rechtsverordnung fest; die Finanzierungsquote soll die bis zum 31. Dezember 2019 festgelegten Finanzierunganteile berücksichtigen. Einzelne Leistungen zur Teilhabe können durch die Rechtsverordnung von der Kostenbeteiligung des Landes ausgenommen werden. Der Erlass der Rechtsverordnung bedarf der Zustimmung der Stadtgemeinden.
- (4) Der Träger der Eingliederungshilfe nach § 1 Absatz 2 beteiligt sich in angemessenem Umfang an den Personalkosten der Träger der Eingliederungshilfe nach § 1 Absatz 1 hinsichtlich der Leistungen nach Absatz 1 Satz 1 einschließlich der Arbeitsplatzkosten. Über die Beteiligung wird jeweils mit den Trägern der Eingliederungshilfe eine Vereinbarung abgeschlossen.
- (5) Die Träger der Eingliederungshilfe nach § 1 Absatz 1 berichten quartalsweise in kalendermonatlicher Darstellung über die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben der Eingliederungshilfekosten pro Haushaltsjahr an den Träger der Eingliederungshilfe nach § 1 Absatz 2. Sie erhalten auf die geplanten Jahresnettoeingliederungshilfekosten Abschlagszahlungen vom Träger der

Eingliederungshilfe nach § 1 Absatz 2 gemäß der Kostenbeteiligung. Zum Ende des Haushaltsjahres erstellen die Träger der Eingliederungshilfe nach § 1 Absatz 1 eine Abrechnung über die Einnahmen und Ausgaben der Eingliederungshilfeleistungen, differenziert nach den Leistungsarten der Eingliederungshilfe, der jeweiligen Zahl der Leistungsberechtigten sowie nach Alter und Geschlecht. Der Träger der Eingliederungshilfe nach § 1 Absatz 2 erstattet die entstandenen Eingliederungshilfekosten nach Maßgabe von Absatz 3 rechtzeitig vor Ende des Haushaltsjahres.

- (6) Der Träger der Eingliederungshilfe nach § 1 Absatz 2 ist berechtigt, durch seine Revision im Rahmen seiner Aufgaben Prüfungen bei den Trägern der Eingliederungshilfe nach § 1 Absatz 1 vorzunehmen.

### **§ 3 Steuerung, Koordinierung und Abstimmung**

- (1) Die Träger der Eingliederungshilfe im Land Bremen richten zum Zwecke der Steuerung, Koordinierung und Abstimmung der Aufgaben gemeinsame Arbeitsgruppen ein.
- (2) Die Arbeitsgruppen haben insbesondere folgende Aufgaben:
1. Festlegung und Durchführung eines fachlichen und finanziellen Kontrollverfahrens für Aufwendungen nach § 2 Absatz 1,
  2. Festlegung von Steuerungszielen und –maßnahmen auf Landesebene unter Berücksichtigung örtlicher und regionaler Besonderheiten,
  3. Koordinierung der Verwaltungsanweisungen zum Leistungsrecht und der fachlichen Entwicklungsprozesse zu den Fachplanungen,
  4. Herausgabe von Empfehlungen zur Umsetzung, Ausgestaltung und fachlichen Weiterentwicklung bedarfsorientierter und kostengünstiger Angebote unter Berücksichtigung zielgruppenspezifischer Pläne.

### **§ 4 Budget für Arbeit**

Abweichend von § 61 Absatz 2 Satz 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch beträgt der Lohnkostenzuschuss an den Arbeitgeber bis zu 60 Prozent der monatlichen Bezugsgröße nach § 18 Absatz 1 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch, höchstens aber die durchschnittlich pro Arbeitsplatz im Arbeitsbereich der Werkstätten für behinderte Menschen im Land Bremen entstehenden Kosten.

### **§ 5 Wirtschaftlichkeits- und Qualitätsprüfung**

Der Träger der Eingliederungshilfe nach § 1 Absatz 2 kann abweichend von § 128 Absatz 1 Satz 1 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch die Wirtschaftlichkeit und Qualität einschließlich der Wirksamkeit der vereinbarten Leistungen des Leistungserbringers auch prüfen, ohne dass tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen müssen, dass ein Leistungserbringer seine vertraglichen oder gesetzlichen Pflichten nicht erfüllt.

### **§ 6 Interessenvertretungen der Menschen mit Behinderungen**

- (1) Maßgebliche Interessenvertretungen der Menschen mit Behinderungen nach § 131 Absatz 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch sind
1. die oder der Landesbehindertenbeauftragte nach § 23 des Bremischen Behindertengleichstellungsgesetzes und
  2. vom Landesteilhabebeirat nach § 25 des Bremischen Behindertengleichstellungsgesetzes benannte Vertretungen.
- (2) Der Senat kann den Umfang der Aufwandsentschädigung für die Interessenvertretungen nach Absatz 1 Nummer 2 durch Rechtsverordnung festlegen.

## **§ 7 Zulassung weiterer Einrichtungen der Frühförderung**

- (1) Der Senat kann durch Rechtsverordnung die Voraussetzungen für die Zulassung weiterer Einrichtungen der Frühförderung nach § 46 Absatz 2 Satz 1 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch bestimmen.
- (2) Die weiteren Einrichtungen sollen die von den Rehabilitationsträgern aufgebaute Infrastruktur ergänzen, soweit dies zielgruppenspezifisch oder zur Gesamtversorgung notwendig, geeignet und wirtschaftlich tragfähig ist.

## **Artikel 2**

### **Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch**

Das Gesetz zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch vom 30. April 2007 (Brem.GBl. S. 315 — 2161-a-1), das zuletzt durch Gesetz vom 27. Februar 2018 (Brem.GBl. S. 36) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 3 wird wie folgt geändert:
  - a) Nummer 4 wird aufgehoben.
  - b) Die bisherigen Nummern 5 bis 7 werden die Nummern 4 bis 6.
2. In § 4 Absatz 2 Nummer 1 werden nach den Wörtern „Abschluss von Vereinbarungen“ die Wörter „und Verträgen sowie Wirtschaftlichkeits- und Qualitätsprüfungen“ eingefügt.
3. § 7 wird wie folgt geändert:
  - a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
    - aa) Die Nummer 1 wird aufgehoben und die Nummern 2 bis 4 werden die Nummern 1 bis 3.
    - bb) Die der Nummer 4 nachgestellten Wörter „in dem nach Absatz 3 festgelegten Umfang“ werden durch die Wörter „nach Maßgabe einer für die Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven einheitlich geltenden Finanzierungsquote“ ersetzt.
  - b) In Absatz 1a Satz 2 werden die Wörter „nach § 55 Absatz 2 Nummer 6 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch und“ gestrichen.
  - c) In Absatz 2 wird folgender Satz 2 eingefügt:  
„Zu den Einnahmen gehören auch die weitergeleiteten Einnahmen aus der Erstattung des Barbetrags durch den Bund.“
  - d) Absatz 3 wird aufgehoben.
  - e) Nach Absatz 3 wird folgender Absatz 3a eingefügt:  
„(3a) Der Senat legt die Finanzierungsquote nach den Absätzen 1 und 1a durch Rechtsverordnung fest; die Finanzierungsquote soll die bis zum 31. Dezember 2019 festgelegten Finanzierunganteile berücksichtigen. Der Erlass der Rechtsverordnung bedarf der Zustimmung der Stadtgemeinden.“
  - f) In Absatz 4 wird das Wort „monatlich“ durch die Wörter „quartalsweise in kalendermonatlicher Darstellung“ ersetzt.
  - g) In Absatz 5 werden nach dem Wort „Personalkosten“ die Wörter „einschließlich der Arbeitsplatzkosten“ und nach den Wörtern „nach den Absätzen 1 und 1a“ die Wörter „und nach Maßgabe einer jeweils abzuschließenden Vereinbarung“ eingefügt.
  - h) In Absatz 6 wird die Angabe „§ 5 Abs. 2“ durch die Angabe „§ 4 Absatz 2“ ersetzt.
4. §§ 8 und 9 werden wie folgt gefasst:

### **„§ 8 Steuerung, Koordinierung und Abstimmung**

- (1) Die Träger der Sozialhilfe im Land Bremen richten zum Zwecke der Steuerung, Koordinierung und Abstimmung der Aufgaben gemeinsame Arbeitsgruppen ein.
- (2) Die Arbeitsgruppen haben insbesondere folgende Aufgaben:
  1. Festlegung und Durchführung eines fachlichen und finanziellen Kontrollverfahrens für Aufwendungen nach § 7 Absatz 1,
  2. Festlegung von Steuerungszielen und –maßnahmen auf Landesebene unter Berücksichtigung örtlicher und regionaler Besonderheiten,
  3. Koordinierung der Verwaltungsanweisungen zum Leistungsrecht und der fachlichen Entwicklungsprozesse zu den Fachplanungen,
  4. Herausgabe von Empfehlungen zur Umsetzung, Ausgestaltung und fachlichen Weiterentwicklung bedarfsorientierter und kostengünstiger Angebote unter Berücksichtigung zielgruppenspezifischer Pläne.

### **§ 9 Wirtschaftlichkeits- und Qualitätsprüfung**

Der überörtliche Träger der Sozialhilfe kann abweichend von § 78 Absatz 1 Satz 1 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch die Wirtschaftlichkeit und Qualität einschließlich der Wirksamkeit der vereinbarten Leistungen des Leistungserbringers auch prüfen, ohne dass tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen müssen, dass ein Leistungserbringer seine vertraglichen oder gesetzlichen Pflichten nicht erfüllt.“

5. § 12 Absatz 3 wird wie folgt gefasst:

„(3) Die örtlichen Träger sind verpflichtet, dem Land alle erforderlichen Daten und Informationen zur Verfügung zu stellen, damit die Erstattungszahlungen des Bundes im Rahmen des § 46a Absatz 3 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch abgerufen und die Nachweise nach § 46a Absatz 4 und 5 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch rechtzeitig erstellt werden können.“
6. Nach § 12 wird folgender § 12a eingefügt:

#### **„§ 12a Weiterleitung der Erstattung des Barbetrags durch den Bund**

- (1) Die dem Land Bremen erbrachten Erstattungen des Bundes nach § 136 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch werden unverzüglich nach Eingang des Erstattungsbetrages an die zuständigen örtlichen Träger weitergegeben. Die Höhe der Weiterleitung richtet sich nach der von den örtlichen Trägern nachgewiesenen Zahl der Leistungsberechtigten im Sinne des § 136 Absatz 1 und 2 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch. Die Höhe der Weiterleitung an die in Satz 1 genannten Träger ist auf die Höhe der Bundeserstattung beschränkt.
  - (2) § 12 Absatz 2 gilt entsprechend für Erstattungen des Bundes nach § 136 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch.
  - (3) Die örtlichen Träger der Sozialhilfe melden der Obersten Landessozialbehörde jeweils spätestens 14 Tage vor Ablauf der Meldefrist nach § 136 Absatz 2 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch die Zahl der Leistungsberechtigten, die die Voraussetzungen nach § 136 Absatz 1 und 2 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch erfüllen, nach Kalendermonaten getrennt.
7. Nach § 12a wird folgender § 12b eingefügt:

#### **„§ 12b Weiterleitung der Erstattung des Barbetrags durch den Bund ab dem Jahr 2020**

- (1) Die dem Land Bremen erbrachten Erstattungen des Bundes nach § 136a des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch werden unverzüglich nach Eingang des

Erstattungsbetrages an die zuständigen örtlichen Träger weitergegeben. Die Höhe der Weiterleitung richtet sich nach der von den örtlichen Trägern nachgewiesenen Zahl der Leistungsberechtigten im Sinne des § 136a Absatz 1 und 2 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch. Die Höhe der Weiterleitung an die in Satz 1 genannten Träger ist auf die Höhe der Bundeserstattung beschränkt.

- (2) § 12 Absatz 2 gilt entsprechend für Erstattungen des Bundes nach § 136a des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch.
- (3) Die örtlichen Träger der Sozialhilfe melden der Obersten Landessozialbehörde jeweils spätestens 14 Tage vor Ablauf der Meldefrist nach § 136a Absatz 2 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch die Anzahl der Leistungsberechtigten, die die Voraussetzungen nach § 136a Absatz 1 und 2 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch erfüllen, nach Kalendermonaten getrennt.“

### **Artikel 3 Inkrafttreten**

- (1) Dieses Gesetz tritt vorbehaltlich der Absätze 2 und 3 am 1. Januar 2020 in Kraft.
- (2) Artikel 1 §§ 1 und 6 und Artikel 2 Nummer 3 Buchstabe c und Nummer 6 treten mit Wirkung vom 1. Januar 2018 in Kraft.
- (3) Artikel 1 § 2 Absatz 3 und § 4 und Artikel 2 Nummer 3 Buchstabe e und h und Nummer 5 treten am Tag nach der Verkündung in Kraft.

## **Begründung**

### **A. Allgemeiner Teil**

Mit dem Gesetz zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen vom 23. Dezember 2016 (Bundesteilhabegesetz-BTHG, Bundesgesetzblatt Jahrgang 2016 Teil I Nummer 66, S 3234, vom 29. Dezember 2016) werden vor dem Hintergrund der UN-Behindertenrechtskonvention die Lebenssituation der Menschen mit Behinderungen verbessert, die Eingliederungshilfe personenzentriert weiterentwickelt und aus dem Fürsorgesystem der Sozialhilfe herausgeführt.

Aus den Veränderungen der Bestimmungen für die Eingliederungshilfeleistungen ergibt sich Regelungsbedarf für die Umsetzung. Neben der Verpflichtung der Länder, den Träger der Eingliederungshilfe zu bestimmen, eröffnet das Bundesteilhabegesetz weitere Gestaltungsmöglichkeiten für die Länder.

Mit diesem Gesetz zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes werden im Land Bremen

- ein neues Ausführungsgesetz zum Neunten Buches Sozialgesetzbuch erlassen und
- das bestehende Ausführungsgesetz zum Zwölften Buch Sozialgesetzbuch angepasst.

Aufgrund der Herauslösung der Eingliederungshilfe aus dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch und der Überführung in das Neunte Buch Sozialgesetzbuch Teil 2 sind die Träger der Eingliederungshilfe neu zu bestimmen. Um die örtlichen und überörtlichen Aufgaben sowohl für die Eingliederungshilfe nach dem Neunten Buch Sozialgesetzbuch als auch für die Sozialhilfeleistungen nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch weiterhin in einer Einheit verantworten zu können, sollen im Land Bremen die Trägerbestimmung und die Aufgabenverteilung für das Zwölfte Buch Sozialgesetzbuch auch für die Eingliederungshilfe nach dem Neunten Buch Sozialgesetzbuch gelten. Denn Leistungsberechtigte der Eingliederungshilfe nach dem Neunten Buch Sozialgesetzbuch ab 2020 können auch weiterhin zugleich Ansprüche auf Existenzsicherungsleistungen oder auf andere Leistungen des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch haben.

Das heißt, dass das Land Bremen Träger der Eingliederungshilfe mit den Aufgaben der Vertragsverhandlung, Rahmenrichtlinien und Grundsatzplanung wird. Die Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven werden Träger der Eingliederungshilfe mit der Aufgabe der Gewährleistung der Eingliederungshilfeleistungen, sie erhalten wie im Ausführungsgesetz zum Zwölften Buch Sozialgesetzbuch Beteiligungsrechte an den Aufgaben des Landes.

Die Finanzierung der Leistungen nach dem Neunten Buch Sozialgesetzbuch (Eingliederungshilfe) und dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (verbleibende Leistungen wie Hilfe zur Pflege usw.) ist im Verhältnis zu den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven neu zu regeln unter den durch das Bundesteilhabegesetz veränderten Rahmenbedingungen (z. B. geänderte Regelungen zum Einkommens- und Vermögenseinsatz). Dazu sind in beiden Ausführungsgesetzen eine Ermächtigungsgrundlage für den Erlass einer Rechtsverordnung vorgesehen. Das Land beteiligt sich weiterhin an den Personalkosten der Kommunen für die Gewährleistung.

Die Länder sind ermächtigt, durch Landesrecht Regelungen für folgende Bereiche zu treffen:

- das Budget für Arbeit (§ 61 Absatz 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch),
- die Abweichung von der Anlassbezogenheit der Qualitäts- und Wirtschaftlichkeitsprüfungen (§ 128 Absatz 1 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch und § 78 Absatz 1 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch),
- Bestimmung der Beteiligung von Interessenvertretungen behinderter Menschen am Abschluss von Rahmenverträgen (§ 131 Absatz 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch) und

- die Voraussetzungen für die Zulassung weiterer Einrichtungen der Frühförderung (§ 46 Absatz 2 Satz 1 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch).

Im Land Bremen wird von sämtlichen dieser gesetzlichen Gestaltungsspielräume Gebrauch gemacht.

Darüber hinaus wird die Zusammenarbeit zwischen dem Land Bremen und den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven durch die Bildung von Arbeitsgruppen gestärkt.

## **B. Zu den einzelnen Bestimmungen**

### **Zu Artikel 1 (Gesetz zur Ausführung des Neunten Buches Sozialgesetzbuch – SGB IX AG)**

#### **Zu § 1 (Träger der Eingliederungshilfe)**

Nach § 94 Absatz 1 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch bestimmen die Länder die für die Durchführung des Neunten Buches Sozialgesetzbuch zuständigen Träger der Eingliederungshilfe.

In § 1 Absatz 1 werden die Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven als Träger der Eingliederungshilfe bestimmt. Sie nehmen ihre Aufgaben als pflichtige Selbstverwaltungsangelegenheit wahr. Die Aufgabenwahrnehmung in Selbstverwaltung entspricht den allgemeinen Anforderungen, die Aufgaben, die für die Erledigung auf kommunaler Ebene geeignet sind und einen Bezug zur örtlichen Gemeinschaft aufweisen, in kommunaler Verwaltungszuständigkeit durchzuführen.

In Weiterführung der bisherigen Zuständigkeiten für Leistungen nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch werden gemäß Absatz 2 durch das Land bestimmte Aufgaben in der Eingliederungshilfe nach dem Neunten Buch Sozialgesetzbuch für die Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven auch künftig durch das Land zentral wahrgenommen. Dies sind

- der Abschluss von Rahmenverträgen und Entgeltvereinbarungen, Wirtschaftlichkeits- und Qualitätsprüfungen
- der Erlass von Rahmenrichtlinien und
- die landesweite Grundsatzplanung.

Nach Absatz 3 ist die zuständige Behörde für die Aufgaben Landes im Bereich der Eingliederungshilfe die Landessozialbehörde.

Mit der nach Absatz 4 festgelegten Mitwirkung der Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven nach Maßgabe einer Vereinbarung wird sichergestellt, dass das Land beabsichtigte Regelungen und Maßnahmen betreffend die Leistungen der Eingliederungshilfe vor ihrer Umsetzung sowie vor Verhandlungen mit Dritten und vor der Beratung in politischen Gremien mit den örtlichen Trägern erörtert. Bei inhaltlich abweichenden Meinungen wird in den Vorlagen die abweichende Meinung der Stadtgemeinden dargestellt.

#### **Zu § 2 (Kostenbeteiligung des Landes)**

Mit der Übertragung der Zuständigkeit für die Leistungen der Eingliederungshilfe verbleibt die Kostentragungspflicht bei den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven. Das Land Bremen ist nach dem Konnexitätsgrundsatz rechtlich verpflichtet, sich auf Dauer an den Ausgaben der Stadtgemeinden nach Maßgabe der übertragenen Aufgaben finanziell zu beteiligen. Der Umfang der Kostenbeteiligung richtet sich nach einer festzulegenden für beide Stadtgemeinden einheitlichen Finanzierungsquote.

Die Nettokosten der Eingliederungshilfeleistungen, die in jedem Haushaltsjahr entstehen, werden vom Land und von den Stadtgemeinden finanziert. Sie errechnen sich nach Absatz 2 aus den entstandenen Ausgaben abzüglich der erzielten Einnahmen. Für das Haushaltsaufstellungsverfahren und für das Verfahren im Haushaltsvollzug - und der darin veranschlagten Finanzpositionen einschließlich der berücksichtigten Risiken für die Sozialleistungen - gelten die maßgeblichen Regelungen des Haushaltsrechts und die finanz- und sozialpolitischen Vorgaben der Stadtgemeinden und des Landes.

Absatz 3 verpflichtet den Senat, die Finanzierungsquote per Rechtsverordnung festzulegen. Maßstab sollen die bis zum 31. Dezember 2019 festgelegten Finanzierungsanteile sein. Die Ermächtigung umfasst auch die Möglichkeit, einzelne Leistungen der Teilhabe, für die Abweichendes vereinbart ist oder künftig Abweichendes vereinbart wird, von der Kostenbeteiligung durch das Land auszunehmen.

Das Land beteiligt sich nach Absatz 4 in Bezug auf die Durchführung der Aufgaben der Eingliederungshilfe an den Personalkosten der Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven einschließlich Arbeitsplatzkosten. Diese bemessen sich auf der strukturellen Basis des Stellenplanes 2005 an den Personalhauptkosten nach der „Anleitung für die Durchführung von Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen in der bremischen Verwaltung“ (Anlage 1 der Verwaltungsvorschriften zur Haushaltsordnung der Freien Hansestadt Bremen – VV-LHO) des Vorjahres. Näheres ergibt sich aus einer zwischen dem Land und den Stadtgemeinden zu schließenden Vereinbarung.

Zur Sicherstellung eines einheitlichen Abrechnungsverfahrens zwischen den Stadtgemeinden und dem Land werden mit Absatz 5 die Anforderungen der Abrechnung der Nettosozialhilfekosten festgeschrieben. Die Berichterstattung erfolgt quartalsweise in kalendermonatlicher Darstellung.

Das Land hat gegenüber den Stadtgemeinden das berechtigte Interesse an einer Überprüfung der Einnahmen und Ausgaben und der Praxis der Leistungsgewährung. Durch die veränderte Zuständigkeitsregelung bei gleichzeitiger dauerhafter hoher Kostenbeteiligung des Landes besteht weiterhin Bedarf an regelmäßiger Prüfungstätigkeit. Das Prüfrecht liegt bei der Revision der Behörde der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport, die beide Stadtgemeinden als Träger der Eingliederungshilfe prüfen kann.

#### Zu § 3 (Steuerung, Koordinierung und Abstimmung)

Die Zusammenarbeit zwischen den Trägern der Eingliederungshilfe durch die Bildung von Arbeitsgruppen unterstützt diese bei der Wahrnehmung der Aufgaben im Rahmen der Leistungen der Eingliederungshilfe. Damit sollen die Belange sowohl des Landes als auch der örtlichen Träger berücksichtigt und aufeinander abgestimmt werden. Ziel der gemeinsamen Arbeitsgruppen ist insbesondere die fachliche Beteiligung in leistungsrechtlicher, konzeptioneller und vertragsrechtlicher Hinsicht unter Berücksichtigung regionaler Besonderheiten.

Die Aufgaben umfassen auch die notwendige fachliche und finanzielle Einschätzung für die jeweiligen Haushaltsgesetzgeber, sowie die Vereinbarung von Steuerungsmaßnahmen, wie zum Beispiel die Entwicklung von Zielvereinbarungen. Die hierfür erforderlichen Leistungsdaten und Kennzahlen werden nach vereinbarten Vorgaben einheitlich erhoben.

#### Zu § 4 (Budget für Arbeit)

Nach § 61 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch beträgt der Lohnkostenzuschuss für das Budget für Arbeit bis zu 75 Prozent des vom Arbeitgeber regelmäßig gezahlten Arbeitsentgelts, höchstens jedoch 40 Prozent der monatlichen Bezugsgröße nach § 18

Absatz 1 des Vierten Buches. Durch Landesrecht kann von diesen 40 Prozent der Bezugsgröße nach oben abgewichen werden.

Um einen Anreiz zur Beschäftigung von Menschen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu schaffen und die Attraktivität des Budgets für Arbeit zu erhöhen, wird im Land Bremen von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht. Die Formulierung ist so gewählt, dass der höchste Förderbetrag bis zu 60% der Bezugsgröße nach § 18 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch betragen kann. Gleichzeitig sollen keine Mehrausgaben im Vergleich zur Werkstattbeschäftigung ausgelöst werden. Durch die Beschränkung auf die durchschnittlichen Ausgaben für einen Werkstattplatz werden Mehrausgaben für die dauerhafte Finanzierung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt vermieden.

Ungeachtet der Abweichung auf 60% der Bezugsgröße bleibt die Begrenzung auf 75% des regelmäßig gezahlten Arbeitsentgeltes, also des Arbeitnehmerbruttolohnes, bestehen.

Die Anleitung und Begleitung am Arbeitsplatz wird entsprechend der Regelungen zur Berufsbegleitung für den allgemeinen Arbeitsmarkt organisiert. Die Durchführung wird in der Regel von den Integrationsfachdiensten sichergestellt. Gibt es einen Wechsel aus dem Arbeitsbereich einer Werkstatt in ein externes Beschäftigungsumfeld, kann übergangsweise die Anleitung und Begleitung von der Werkstatt durchgeführt werden. So soll der Übergang auf den Arbeitsmarkt erleichtert werden. Die Finanzierung der Anleitung und Begleitung wird aus der Ausgleichsabgabe nach § 160 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch sichergestellt.

#### Zu § 5 (Wirtschaftlichkeits- und Qualitätsprüfung)

Nach § 123 Absatz 1 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch ist der Träger der Eingliederungshilfe zur Übernahme von Entgelten für eine Leistung nur verpflichtet, soweit eine schriftliche Vereinbarung über Inhalt, Umfang und Qualität einschließlich der Wirksamkeit der Leistungen (Leistungsvereinbarung) und über die Vergütung der Leistungen der Eingliederungshilfe (Vergütungsvereinbarung) besteht (§ 125 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch).

Nach § 128 Absatz 1 Satz 1 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch prüft der Träger der Eingliederungshilfe oder ein von ihm beauftragter Dritter die Wirtschaftlichkeit und Qualität einschließlich der Wirksamkeit der vereinbarten Leistungen des Leistungserbringers, soweit tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass ein Leistungserbringer seine vertraglichen oder gesetzlichen Pflichten nicht erfüllt. Darüber hinaus hat der Bundesgesetzgeber mit § 128 Absatz 1 Satz 3 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch den Ländern als Gestaltungsspielraum die Möglichkeit der Prüfung der Wirtschaftlichkeit und der Qualität einschließlich der Wirksamkeit der vereinbarten Leistungen ohne Vorliegen tatsächlicher Anhaltspunkte für eine Nichterfüllung der vertraglichen Verpflichtung eröffnet. Von dieser Möglichkeit wird im Land Bremen Gebrauch gemacht. Dieses zusätzliche gesetzliche Prüfrecht stärkt die Rolle des Trägers der Eingliederungshilfe und sichert die Ansprüche der Menschen mit Behinderungen. Die Prüfungen ohne Vorliegen tatsächlicher Anhaltspunkte sind unter Wahrung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes durchzuführen.

#### Zu § 6 (Interessenvertretungen der Menschen mit Behinderungen)

Die Interessenvertretungen der Menschen mit Behinderungen, die bei der Erarbeitung und Beschlussfassung der Rahmenverträge mitwirken, werden mit Absatz 1 dieser Regelung bestimmt. Ziel ist die Stärkung der Position der Leistungsberechtigten. Die Bestimmung der oder des Landesbehindertenbeauftragten als Vertretung der Interessen der Menschen mit Behinderungen wird an die Regelungen des Bremischen Behindertengleichstellungsgesetzes geknüpft. Auch sieht das Bremische Gesetz zur Weiterentwicklung des Bremischen Behindertengleichstellungsrechts mit dem Landesteilhabeberrat bereits ein Gremium vor, das die aktive Einbeziehung und die Vertretung der Interessen der Menschen mit Behinderungen verkörpert. Diesem Gremium

wird deshalb die Benennung weiterer Interessenvertretungen der Menschen mit Behinderungen übertragen. Die als Interessenvertretungen benannten Personen müssen nicht Mitglied des Landesteilhabebeirates sein.

Da zumindest den Interessenvertretungen der Menschen mit Behinderungen, die nicht im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit dieses Amt wahrnehmen, zeitlicher und finanzieller Mehraufwand entsteht, eröffnet Absatz 2 die Möglichkeit, eine Aufwandsentschädigung per Rechtsverordnung zu regeln.

Zu § 7 (Zulassung weiterer Einrichtungen der Frühförderung)

Leistungen der Früherkennung und Frühförderung können nach § 46 Absatz 2 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch in interdisziplinären Frühförderstellen sowie daneben auch von durch Landesrecht zugelassenen sonstigen Einrichtungen mit vergleichbarem interdisziplinären Förder-, Behandlungs- und Beratungsspektrum erbracht werden. Dies könnten zum Beispiel auch Einrichtungen von Trägern der Kindertageseinrichtungen oder zielgruppenspezifisch ausgerichtete Einrichtungen sein. Mit der Ermächtigung in Absatz 1 kann der Senat die Voraussetzungen für die Zulassung solcher Frühförderstätten durch Rechtsverordnung regeln.

Die im Einvernehmen der Rehabilitationsträger aufgebaute Leistungs- und Verwaltungsstruktur wird grundsätzlich als tragfähig und geeignet betrachtet. Mit Absatz 2 wird daher geregelt, dass weitere Einrichtungen nach Landesrecht nur zugelassen werden sollen, wenn diese zur Ergänzung der Infrastruktur sinnvoll, notwendig, geeignet und von den Trägern wirtschaftlich tragfähig umsetzbar sind. Ein genereller Anspruch auf Anerkennung und Finanzierung weiterer Anbieter besteht nicht.

## **Zu Artikel 2 (Änderungen des Gesetzes zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch)**

Zu Nummer 1

Aufgrund der Herauslösung der Leistungen der Eingliederungshilfe aus der Sozialhilfe nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch kann das Gesetz zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch künftig keine Regelungen mehr in Bezug auf die Eingliederungshilfe treffen, die Bestimmungen zu den Leistungen der Eingliederungshilfe sind daher zu streichen. Dies gilt unter anderem für die Bestimmung der sachlichen Zuständigkeit der örtlichen Träger der Sozialhilfe nach § 4.

Zu Nummer 2

Die Aufgaben des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe werden um die Aufgaben der Vertragsabschlüsse und der Wirtschaftlichkeits- und Qualitätsprüfungen ergänzt.

Zu Nummer 3

Zu Nummer 3a) aa)

Bei diesen Änderungen handelt es sich um Folgeänderungen aufgrund der Herauslösung der Leistungen der Eingliederungshilfe aus der Sozialhilfe. Diese Leistungen unterliegen damit nicht mehr der Kostenbeteiligung des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe an den Nettosozialhilfekosten der örtlichen Träger.

Zu Nummer 3a) bb)

Die Festlegung des Umfangs der Kostenbeteiligung des überörtlichen Sozialhilfeträgers an den Nettosozialhilfekosten erfolgt künftig nicht mehr direkt im Gesetz. Sie richtet sich ab dem 1. Januar 2020 nach einer per Rechtsverordnung festzulegenden für beide Stadtgemeinden einheitlichen Finanzierungsquote. Der bisherige Verweis auf Absatz 3 wird daher entsprechend ersetzt.

Zu Nummer 3b)

Aufgrund der Herauslösung der Leistungen der Eingliederungshilfe aus der Sozialhilfe nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch kann das Gesetz zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch künftig an dieser Stelle keine Regelungen mehr mit Bezug auf die Eingliederungshilfe treffen. Die Regelung zu den sogenannten „Zusammenhangsleistungen“ mit dem Ambulanten Betreuten Wohnen der Eingliederungshilfe wird deshalb aufgehoben.

Zu Nummer 3c)

Mit der Ergänzung in Absatz 2 ist klargestellt, dass die weitergeleitete Erstattung des Barbetrages durch den Bund Einnahmen darstellen, die von den Sozialhilfeausgaben abzuziehen sind. Somit reduziert diese Bundeserstattung jeweils die Nettosozialhilfekosten, die im Jahr des Zuflusses der Bundeserstattung des Barbetrags entstehen.

Zu Nummer 3d)

Die im Gesetz enthaltene Regelung des Umfangs der Kostenbeteiligung des Landes an den Nettosozialhilfekosten der Stadtgemeinden gilt bis zum 31. Dezember 2019 und ist daher zum 1.1.2020 aufzuheben.

Zu Nummer 3e)

Absatz 3a verpflichtet den Senat, die ab dem 1. Januar 2020 geltende Finanzierungsquote per Rechtsverordnung festzulegen. Maßstab sollen die bis zum 31. Dezember 2019 festgelegten Finanzierungsanteile sein. Für den Erlass der Rechtsverordnung ist die Zustimmung beider Stadtgemeinden erforderlich.

Zu Nummer 3f)

Die bislang monatliche Berichterstattung wird aus verwaltungsökonomischen Gründen auf eine quartalsweise Berichterstattung umgestellt, die monatliche Darstellung bleibt erhalten.

Zu Nummer 3g)

Es wird klargestellt, dass die Beteiligung des Landes an den Personalkosten der Stadtgemeinden einschließlich Arbeitsplatzkosten durch eine jeweilige Vereinbarung geregelt wird.

Zu Nummer 3h)

Es handelt sich um die Korrektur eines fehlerhaften Verweises in Bezug auf das Prüfrecht des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe gegenüber den örtlichen Sozialhilfeträgern.

Zu Nummer 4

Das bisher gesetzlich vorgesehene und formalisierte Gremium des Gemeinsamen Ausschusses wird durch die Einrichtung von Arbeitsgruppen abgelöst (§ 8).

Die Zusammenarbeit zwischen den Trägern der Sozialhilfe durch die Bildung von Arbeitsgruppen unterstützt diese bei der Wahrnehmung der in § 7 Absatz 1 genannten Sozialhilfearbeiten. Damit sollen die Belange sowohl des Landes als auch der örtlichen Träger berücksichtigt und aufeinander abgestimmt werden. Ziel der gemeinsamen Arbeitsgruppen ist insbesondere die fachliche Beteiligung in leistungsrechtlicher, konzeptioneller und vertragsrechtlicher Hinsicht unter Berücksichtigung regionaler Besonderheiten.

Die Aufgaben umfassen auch die notwendige fachliche und finanzielle Einschätzung für die jeweiligen Haushaltsgesetzgeber, sowie die Vereinbarung von Steuerungsmaßnahmen, wie z. B. die Entwicklung von Ziel- und Leistungsvereinbarungen. Die hierfür erforderlichen Leistungsdaten und Kennzahlen werden nach vereinbarten Vorgaben einheitlich erhoben.

Die Regelungen des § 9 zur Möglichkeit der anlasslosen Wirtschaftlichkeits- und Qualitätsprüfung erfolgt in Analogie zum Ausführungsgesetz zum Neunten Buch

Sozialgesetzbuch. Durch die Herausnahme der Eingliederungshilfeleistungen und die Anpassung der Leistungen der Hilfe zur Pflege an die Pflegeversicherungsleistungen ist der Anwendungsbereich reduziert.

#### Zu Nummer 5

Der Bund erstattet den Ländern quartalsweise die Nettoausgaben für Geldleistungen nach dem 4. Kapitel des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch.

Durch „Gesetz zur Verlängerung befristeter Regelungen im Arbeitsförderungsrecht und zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/2102 über den barrierefreien Zugang zu den Websites und mobilen Anwendungen öffentlicher Stellen“ vom 10.7.2018 (BGBl. I S. 1117 ff. vom 13.7.2018) sind die Zeiträume für den Mittelabruf beim Bund und den entsprechenden Nachweis für das 4. Quartal um 15 Tage nach hinten verschoben worden.

Dies macht eine Anpassung des § 12 Absatz 3 erforderlich. Durch die geplante Neufassung wird übergreifend für alle Abruf- und Nachweiszeiträume geregelt, dass dem Land die notwendigen Mitteilungen der Träger rechtzeitig zugehen.

#### Zu Nummer 6

Mit § 136 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch wurde im Rahmen des Bundesteilhabegesetzes eine Bundeserstattung zur finanziellen Entlastung von Ländern und Kommunen eingeführt. Berechnungsgrundlage für die Erstattung sind die Ausgaben für den Barbetrag nach § 27 b Drittes Kapitel des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch, den Leistungsberechtigten nach dem Vierten Kapitel des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch erhalten.

Mit dem neu eingefügten § 12a werden landesgesetzlich die Modalitäten für die Weiterleitung der Erstattung des Barbetrags durch den Bund geregelt. Außerdem wird festgelegt, dass diese Erstattungsleistungen des Bundes die Nettosozialhilfekosten der Stadtgemeinden reduzieren. Denn die Kostenbeteiligung des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe umfasst auch die Leistungen nach dem Dritten Kapitel als sogenannte Zusammenhangsleistungen.

#### Zu Nummer 7

Der § 136a des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch löst zum 1. Januar 2020 die Regelung des § 136 ab. Mit dem neu eingefügten § 12b werden landesgesetzlich die Modalitäten für die Weiterleitung auch dieser Bundeserstattung durch den Bund geregelt.

### **Zu Artikel 3 (Inkrafttreten)**

#### Zu Absatz 1

Die wesentlichen Änderungen im Rahmen des Bundesteilhabegesetzes treten zum 1. Januar 2020 in Kraft. Korrespondierend dazu werden die landesrechtlichen Neuregelungen und erforderlichen Änderungen ebenfalls zu diesem Zeitpunkt in Kraft gesetzt.

#### Zu Absatz 2

Nach § 94 Absatz 1 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch bestimmen die Länder die für die Durchführung des Teils 2 zuständigen Träger der Eingliederungshilfe. Diese bundesrechtliche Vorschrift ist zum 1. Januar 2018 in Kraft getreten, um die Umsetzung der Eingliederungshilfereform zu gewährleisten.

Ebenso ist das achte Kapitel Teil 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch (Vertragsrecht) zum 1. Januar 2018 in Kraft getreten, dies umfasst auch § 131 Absatz 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch über die Beteiligung der nach Landesrecht bestimmten Interessenvertretungen der Menschen mit Behinderungen an den Rahmenvertragsverhandlungen. Die diesbezüglichen landesrechtlichen Vorschriften treten dementsprechend ebenfalls mit Wirkung vom 1. Januar 2018 in Kraft.

Die Weiterleitung der Bundeserstattung des Barbetrages erfolgt einmal jährlich. Der Erstattungsbetrag reduziert die Nettosozialhilfekosten des Jahres, in dem die

Bundeserstattung zugeflossen ist. Ein Inkrafttreten der Regelungen ist daher mit Wirkung vom 1. Januar 2018 erforderlich.

Zu Absatz 3

Die Regelungen zur abweichenden Festsetzung der Höchstgrenze zum Budget für Arbeit, zur Korrektur des Verweises sowie die Anpassungen zur Weiterleitungsregelung der Bundeserstattung der Leistungen nach dem Vierten Kapitel des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch treten am Tag nach der Verkündung des Gesetzes in Kraft.

Dies gilt auch für die Ermächtigungsgrundlagen zum Erlass der Rechtsverordnung zur Neubestimmung der Finanzierungsquoten. Zur Vorbereitung der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes ist es erforderlich, dass der Senat die Rechtsverordnungen rechtzeitig vor Inkrafttreten der Neuregelungen für die Eingliederungshilfe und für die Sozialhilfe beschließen kann, damit ein rechtzeitiges Inkrafttreten sichergestellt werden.



Landesteilhabebeirat Am Markt 20 28195 Bremen

Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen,  
Integration und Sport  
Referat 30 – Behindertenpolitik  
Maren Ewald  
Bahnhofsplatz 29  
28195 Bremen  
**-per Mail-**

Vorsitzender  
Dr. Joachim Steinbrück  
Stellvertreter  
Herr Lars Müller  
Stellvertreter  
Herr Dieter Stegmann

Auskunft erteilt  
Herr Kai Baumann  
Tel. (0421) 361-18181  
Fax (0421) 496-18181  
E-Mail: [kai.baumann@lbb.bremen.de](mailto:kai.baumann@lbb.bremen.de)

Bremen, 23. November 2018

## **Gemeinsame Stellungnahme des Landesbehindertenbeauftragten und des Landesteilhabebeirates zum Gesetz zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes**

Der Landesteilhabebeirat sowie der Landesbehindertenbeauftragte nehmen zu dem Arbeitsentwurf eines „Gesetzes zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes“ im Rahmen der Anhörung wie folgt Stellung:

### **Budget für Arbeit:**

In § 4 des Arbeitsentwurfs heißt es:

*„Abweichend von § 61 Abs. 2 Satz 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch beträgt der Lohnkostenzuschuss an den Arbeitgeber bis zu 60 Prozent der monatlichen Bezugsgröße nach § 18 Absatz 1 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch, höchstens aber die durchschnittlich pro Arbeitsplatz im Arbeitsbereich der Werkstätten für behinderte Menschen im Land Bremen entstehenden Kosten.“*

Der Beauftragte und der Landesteilhabebeirat fordern die Einschränkung

*„höchstens aber die durchschnittlich pro Arbeitsplatz im Arbeitsbereich der Werkstätten für behinderte Menschen im Land Bremen entstehenden Kosten.“*

aufzuheben und § 4 des Gesetzes zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes wie folgt zu fassen:

*„Abweichend von § 61 Abs. 2 Satz 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch beträgt der Lohnkostenzuschuss an den Arbeitgeber bis zu 60 Prozent der monatlichen Bezugsgröße nach § 18 Absatz 1 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch.“*

Begründung:

Der Beschäftigung behinderter Menschen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt wird in der UN-Behindertenrechtskonvention (Artikel 27) sowie in einer Reihe von Publikationen von Fachausschüssen der Vereinten Nationen ein hoher Stellenwert eingeräumt. Vor allem wurde auch die geringe Anzahl an Übergängen aus den Werkstätten für behinderte Menschen auf den allgemeinen Arbeitsmarkt wiederholt scharf kritisiert. Unter anderem der Ausschuss zum UN-Sozialpakt (nicht zu verwechseln mit dem Ausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen) thematisierte im Rahmen des deutschen Staatenberichtsverfahrens im Herbst 2018 den Übergang aus den Werkstätten für behinderte Menschen auf den allgemeinen Arbeitsmarkt und führt in seinen Abschließenden Bemerkungen unter Ziffer 35 aus:

*„It is also concerned at the increasing number of persons with disabilities working in sheltered workshops, who are provided with limited labour and social protection and do not benefit from the legislation on minimum wage, **and at the low rate of transition from sheltered workshops to the open labour market**“*

Der Ausschuss fordert in den Bemerkungen von der Bundesrepublik Deutschland effektive Maßnahmen zur Gestaltung des Übergangs auf den allgemeinen Arbeitsmarkt. Unter Ziffer 36 heißt es hierzu:

*„It also recommends that the State party ensure that workers in sheltered workshops are covered fully by labour and social protection, including the national minimum wage, **and that it takes effective measures to facilitate the transition of workers with disabilities from sheltered workshops to the open labour market.**“*

Der Ausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen wurde im Jahr 2015 in seinen Abschließenden Bemerkungen ebenfalls deutlich und zeigte sich im Zusammenhang mit Artikel 27 besorgt über *„den Umstand, dass segregierte Behindertenwerkstätten weder auf den Übergang zum allgemeinen Arbeitsmarkt vorbereiten noch diesen Übergang fördern“*. Der Ausschuss empfahl der Bundesrepublik Deutschland *„Anreize für die Beschäftigung bei öffentlichen und privaten Arbeitgebern im allgemeinen Arbeitsmarkt“* zu schaffen (vgl. Ziffer 49 f der Abschließenden Bemerkungen).

Mit Blick auf das Bundesland Bremen ist festzustellen, dass Übergänge auf den allgemeinen Arbeitsmarkt kaum gelingen. Im Land Bremen waren im Oktober 2017 insgesamt 2.888 Personen in den drei Werkstätten für behinderte Menschen beschäftigt. Nur sieben Personen, die im Arbeitsbereich einer Werkstatt in Bremen beschäftigt waren, ist 2017 der Übergang auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt gelungen (Bundesagentur für Arbeit- Agentur für Arbeit Hannover 2018). Dies ergibt eine Übergangsquote von 0,27 Prozent. Zählt man die Übergänge von Menschen mit Behinderung im Eingangsverfahren/ Berufsbildungsbereich dazu, erhöht sich die Quote auf 0,28 Prozent.

Sowohl aus Sicht des Landesteilhabebeirats als auch des Landesbehindertenbeauftragten müssen die geringe Übergangsquote in Bremen sowie die deutlichen Empfehlungen der Fachausschüsse der Vereinten Nationen bei der Bewertung der von Ihnen vorgeschlagenen Eingrenzung *„höchstens aber die durchschnittlich pro Arbeitsplatz im Arbeitsbereich der Werkstätten für behinderte Menschen im Land Bremen entstehenden Kosten“* zwingend berücksichtigt werden. Der Bremische Gesetzgeber sowie die Werkstätten für behinderte Menschen als Rehabilitationseinrichtung sollten jedwede Möglichkeit ausschöpfen, den Übergang auf den allgemeinen Arbeitsmarkt zu fördern. Das Budget für Arbeit muss in diesem Kontext als mögliche effektive Maßnahme zur Gestaltung des Übergangs auf den allgemeinen Arbeitsmarkt und gleichzeitig als Anreiz für die Beschäftigung bei öffentlichen und privaten Arbeitgebern auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt verstanden werden.

Nach Aussage Ihres Hauses bedeutet die oben aufgeführte Einschränkung, dass der Lohnkostenzuschuss an den Arbeitgeber nicht die genannten 60 % sondern in etwa 47 % der monatlichen Bezugsgröße nach § 18 Absatz 1 SGB IV beträgt. In Zahlen bedeutet dies:

Monatliche Bezugsgröße (2018) =	3.045,00 €
60 % der monatlichen Bezugsgröße =	1.827,00 €
47 % der monatlichen Bezugsgröße =	1.431,15 €

Im Zusammenhang mit dem Budget für Arbeit möchten der Landesteilhabebeirat sowie der Landesbehindertenbeauftragte abschließend darauf hinweisen, dass die Ausschöpfung eines Budgets für Arbeit in Höhe von 60 % der monatlichen Bezugsgröße nicht der Regelfall sein wird, da es sich hierbei im Normalfall um eine qualifiziertere Tätigkeit handeln würde. Ferner ist – leider – nicht zu erwarten, dass allein die Erhöhung des Budgets für Arbeit dazu beiträgt, dass dies vor allem durch die Werkstätten für behinderte Menschen zukünftig stärker bei den Beschäftigten beworben wird. Um eine stärkere Inanspruchnahme zu erreichen, ist auch ein aktiveres Handeln des Sozialressorts geboten.

Allein das Argument, Bremen sei das erste Bundesland, welches im Rahmen des Ausführungsgesetzes beim Budget für Arbeit einen Lohnkostenzuschuss an den Arbeitgeber in Höhe von 60 % der monatlichen Bezugsgröße gewährt, vermag vor dem Hintergrund der Quote beim Übergang auf den allgemeinen Arbeitsmarkt von 0,28 Prozent im Jahr 2017 sowie der UN-BRK und der Ausführungen der UN-Fachausschüsse nicht zu überzeugen. .

#### **Interessensvertretungen der Menschen mit Behinderungen:**

In § 6 Absatz 2 des Arbeitsentwurfs heißt es:

*„Der Senat kann den Umfang der Aufwandsentschädigung für die Interessensvertretungen nach Absatz 1 Nr. 2 durch Rechtsverordnung festlegen.*

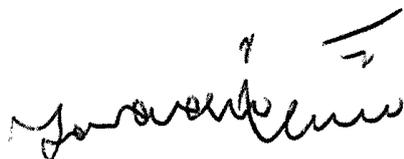
Der Landesteilhabebeirat und Landesbehindertenbeauftragte sprechen sich dafür aus, § 6 Absatz 2 dahingehend abzuändern, dass aus der Kann-Bestimmung eine Regelung wird, wonach der Senat den Umfang der Aufwandsentschädigung für Vertreterinnen und Vertreter - welche die Tätigkeit ehrenamtlich ausüben - durch Rechtsverordnung festlegt. Eine entsprechende Änderung würde dahingehend Rechtssicherheit geben, dass die ehrenamtlichen Vertreterinnen und Vertreter eine Aufwandsentschädigung erhalten.

Ferner wird die Aufnahme einer Mindestanzahl von sechs Vertreterinnen und Vertretern der Interessensvertretungen in § 6 des Ausführungsgesetzes als erforderlich angesehen.

### **Einheitlicher Landesrahmenvertrag für alle Assistenzleistungen:**

Gemeinsam möchten der Landesteilhabebeirat sowie der Landesbehindertenbeauftragte erneut die Aufnahme einer allgemeinen Regelung im Ausführungsgesetz BTHG anregen, wonach die Vertragskommission darauf hinwirkt, dass zukünftig ein einheitlicher Landesrahmenvertrag für alle Assistenzleistungen geschaffen wird.

Wenn alle Leistungsverträge, die Assistenzleistungen beinhalten, auf demselben Landesrahmenvertrag aufbauen, könnte man aus Sicht des Landesteilhabebeirats einerseits ein einheitliches Verfahren für die Assistenznehmerinnen und Assistenznehmer sicherstellen und andererseits die für Außenstehende schwer zu verstehenden unterschiedlichen Zuständigkeiten vereinfachen sowie eine gemeinsame Leistungserbringung ermöglichen.



Dr. Joachim Steinbrück  
Vorsitzender des Landesteilhabebeirats der  
Freien Hansestadt Bremen